

Handlungsgrundsätze zum Umgang mit antidemokratischen, rechtspopulistischen sowie rechts- und linksextremen Parteien, Gruppierungen und Personen

Der Landessportbund Rheinland-Pfalz positioniert sich für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft:



**LANDESSPORTBUND
RHEINLAND-PFALZ**



Inhalt

Einleitung	3
Begriffsdefinitionen bzw. wovon ist die Rede?	
Antidemokratisch, populistisch, rechtsextrem, linksextrem.....	4
Unvereinbarkeit mit dem Selbstbild des Landessportbundes	5
Handlungsgrundsätze des Landessportbundes	6



Einleitung

Links- und rechtsextreme (im weiteren Verlauf dieses Grundsatzpapiers kurz bezeichnet als „extremistische“) Bewegungen, Organisationen und Parteien haben in den letzten Jahren in der gesamten Europäischen Union an Zulauf und Bedeutung gewonnen. In Deutschland zeigt sich dies insbesondere im Entstehen rechtspopulistischer Parteien, aber auch angesichts der insbesondere rechts- aber auch linksterroristischen Taten der jüngsten und älteren Vergangenheit, sowie in Situationen, die von Menschenfeindlichkeit und „Rassismus“* geprägt sind.

Auch wenn der organisierte Vereinssport allein schon durch sein klassisches Angebot und die im Verein gelebten Werte antidemokratischen Strömungen „fast schon automatisch“ entgegenwirkt und wenig betroffen scheint, sieht sich auch der organisierte Sport in Rheinland-Pfalz als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft mit solchen Entwicklungen immer wieder konfrontiert. Erinnert sei insbesondere an Fangruppen, die mit „rassistischen“ Parolen und Anfeindungen in Stadien auf sich aufmerksam machen, die Black-Lives-Matter Bewegung, die sich gegen Gewalt gegen Schwarze bzw. People of Color einsetzt, oder das bewusste Unterwandern von Sportvereinen durch Parteien und rechte Gruppierungen, um Vereinsmitglieder für deren Haltung und Denkmuster zu gewinnen.

Da der Landessportbund die Zunahme menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen in der Gesellschaft sowie im Sport mit Sorge betrachtet, und sich – unter anderem durch den Einzug einer rechtspopulistischen Partei in den rheinland-pfälzischen Landtag – zunehmend mit der Frage auseinandersetzen muss, wie man sich als parteipolitisch neutrale Dachorganisation des rheinland-pfälzischen Sports gegenüber antidemokratischen, rechtspopulistischen und extremistische Parteien, Gruppierungen und Personen verhält, wurden die folgenden Handlungsgrundsätze erarbeitet.

Nach außen gerichtet verfolgen sie das Ziel, Hass, Hetze und „Rassismus“ im Sport eine klare Absage zu erteilen, nach innen gerichtet sollen sie den Mitarbeiter*innen und Präsidiumsmitgliedern des Landessportbundes einen möglichst praxisnahen Rahmen geben, wie sie sich gegenüber dem benannten Kreis verhalten soll.

* Rassismus ist eine Art von Diskriminierung. Durch Rassismus werden Menschen zum Beispiel wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Haare, ihres Namens oder ihrer Sprache diskriminiert, ausgegrenzt und abgewertet. Rassismus ist die Erfindung, dass es bei Menschen unterschiedliche „Rassen“ gibt. Und Rassismus ist die Erfindung, dass diesen „Rassen“ eine Ordnung oder eine Reihenfolge haben. Rassismus diskriminiert Menschen. Wissenschaftler*innen bestätigen heute: Die Erfindung der „Rassen“ ist falsch. Es gibt bei Menschen keine „Rassen“. Weil die Erfindung falsch ist, steht das Wort „Rasse“ in Anführungszeichen. (Bundeszentrale für politische Bildung)

Begriffsdefinitionen bzw. wovon ist die Rede? Antidemokratisch, populistisch, rechtsextrem, linksextrem

Unter antidemokratisch versteht man Handlungen und Haltungen, die sich gegen zentrale Prinzipien der Demokratie richten. Etwa gegen die universellen Menschenrechte, gegen die Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen oder den Minderheitenschutz.

Als Populismus wird ein politischer Stil bezeichnet, der mit groben Feindbildern operiert und einfache, meist autoritäre Lösungen vorschlägt. Die Bevölkerung wird dabei in ein „wir“ und „die Anderen“ aufgeteilt.

Während sich linker Populismus in der Regel gegen eine ökonomische Elite wendet, wenden sich rechtspopulistische Strömungen gegen „die Anderen“ – gewöhnlich Migrant*innen, Geflüchtete, ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten. Sie werden nicht als Teil des „wahren Volkes“ angesehen, sondern als Feindbilder, die am besten geeignet erscheinen, um einfache, populistische Antworten auf gesellschaftlich diskutierte Fragen zu geben.

Rechtsextremismus hingegen ist ein Einstellungsmuster, das von einer Vorstellung der Ungleichwertigkeit ausgeht. Im Kern lehnt rechtsextremistisches Denken die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen grundsätzlich ab. Dies äußert sich im politischen Kontext in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und der Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Kontext ist Rechtsextremismus vor allem gekennzeichnet durch antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen.

Linksextremismus ist ein Sammelbegriff für alle gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen, die sich insbesondere in den Ideen von Anarchismus und Kommunismus ausdrücken. Allen gemeinsam ist, dass die von ihnen als ‚Kapitalismus‘ und ‚Obrigkeitsstaat‘ bezeichnete bestehende demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung als Ursache aller vorhandenen Missstände gilt und deshalb im Wege einer gewaltsamen Revolution abzuschaffen ist. Zentrales Ziel ist, zunächst eine sozialistische Ordnung zu schaffen, um von dieser ausgehend letztlich ein klassenloses kommunistisches System zu errichten.

Unvereinbarkeit mit dem Selbstbild des Landessportbundes

Die Werte des Sports, die der Landessportbund in seiner Satzung, dem Ethik-Code, den Good Governance-Standards, Positionspapieren und auch einem zeitnah zu entwickelnden Leitbild festgeschrieben hat, stehen im eindeutigen und unmissverständlichen Widerspruch zu den Grundsätzen und Äußerungen, die antidemokratische, rechtspopulistische und extremistische Parteien, Gruppierungen und Personen propagieren. Zudem leisten die Sportvereine durch ihr Wesen und ihre Aktivitäten traditionell schon wichtige Präventionsarbeit im Sinne eines konstruktiv wertorientierten Handelns.

Der Landessportbund tritt seit seiner Gründung für eine friedvolle, weltoffene und solidarische Sportgemeinschaft ein, in der laut eigenem Ethik-Code kein Raum ist für Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen in Bezug auf ethnische Zugehörigkeit, Nationalität, Religion, Weltanschauung, Alter, Geschlecht, sexuelle Identität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder aufgrund einer Behinderung.

Der Landessportbund bekennt sich zum humanistisch geprägten Menschenbild, er bewahrt und fördert die ethischen Werte im Sport sowie das bürgerschaftliche Engagement. Laut seiner Satzung vertritt er den Grundsatz der weltanschaulichen und religiösen Toleranz sowie der Gleichberechtigung aller Menschen im Sinne einer nachhaltigen Sportentwicklung in Rheinland-Pfalz. Der Landessportbund verpflichtet sich auf allen Ebenen die Strategie des Gender Mainstreamings anzuwenden und verurteilt jede Form von Gewalt, unabhängig davon ob sie körperlicher, seelischer oder sexueller Art ist.

Gesellschaftliche Diversität wird als Schlüsselqualifikation und Gewinn für Sport und Gesellschaft gesehen. Inklusion, Integration und Geschlechtergerechtigkeit zielen aus Sicht des Landessportbundes auf das gleichberechtigte, selbstbestimmte und teilhabende Sporttreiben aller Menschen hin.

Mit seinen eigenen Verbands- und Vereinsstrukturen verfügt der Landessportbund über Strukturen und Netzwerke, in denen die Werte des Sports gelebt sowie Vielfalt und Teilhabe in den rund 6.000 Sportvereinen und ihren rund 1.4 Mio. Mitgliedern ermöglicht werden.

Handlungsgrundsätze des Landessportbundes

Die Handlungen und Haltungen antidemokratischer, rechtspopulistischer und links- und rechtsextremer Parteien, Gruppierungen und einzelner Personen stehen im eindeutigen Widerspruch zu den zuvor beschriebenen Grundwerten des Sports. Sowohl in unseren eigenen Strukturen als auch im gesellschaftlichen und politischen Diskurs treten wir für die demokratischen Werte des Sports konsequent ein, verteidigen sie nach innen und außen und kommunizieren diese klar und offen.

Deshalb hält der Landessportbund folgende Grundsätze fest.

Ganz nach dem Motto „Prävention statt Reaktion“ wird der Landessportbund auch weiterhin – insbesondere im Aus- und Fortbildungsbereich – die Grundlagen für ein menschenwürdiges und demokratisches Zusammenleben im Sport schaffen und sich gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern für eine weltoffene, vielfältige, demokratische und soziale Gesellschaft einsetzen. Der Landessportbund wird Informationen zu möglichen Unterwanderungsstrategien in Richtung der Verbände und Vereine durch extremistische und antidemokratische Parteien, Gruppierungen und Personen sammeln und transparent machen. Dazu wird der Landessportbund bei Bedarf die Expertise seiner Ethik-Kommission einbeziehen.

1. Im Fall von öffentlichen Äußerungen, die nicht dem weiter oben beschriebenen Selbstbild des Landessportbundes entsprechen, nimmt der LSB kritisch Stellung. Ebenso deutlich positioniert sich der LSB gegen die Verwendung menschenfeindlicher, „rassistischer“ und ausgrenzender Sprache (sog. „Hate Speech“).
2. Der Landessportbund lehnt jegliche Zusammenarbeit mit vom Verfassungsschutz verbotenen Parteien und Gruppierungen sowie deren Mitgliedern ab.
3. Der Landessportbund sieht für Parteien und Organisationen, die zwar vom Verfassungsschutz zugelassen sind (teilweise aber temporär unter Beobachtung stehen), sich aber durch ihre Handlungen und Haltungen demokratiefeindlich zeigen bzw. nicht dem Selbstbild des Landessportbundes entsprechen, keine Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dies bringt er in seinen eigenen Strukturen zum Ausdruck, indem:
 - Antidemokratische, rechtspopulistische und extremistische Personen nicht in Ausschüsse oder Arbeitsgruppen des Landessportbundes berufen werden.
 - Antidemokratische, rechtspopulistische und extremistische Personen nicht für die externe Vertretung des Landessportbundes in Gremien oder anderen Formen der Außenvertretung vorgesehen werden.

- Antidemokratische, rechtspopulistische und extremistische Personen nicht für Preisvergaben des Landessportbundes nominiert werden.
 - Antidemokratische, rechtspopulistische und extremistische Personen von der Teilnahme an Projekten des Landessportbundes ausgeschlossen werden.
 - Antidemokratische rechtspopulistische und extremistische Personen nicht aktiv zu Veranstaltungen eingeladen werden, bei denen der LSB das Hausrecht ausübt
 - Mitarbeiter*innen und Präsidiumsmitglieder des Landessportbundes nicht an Veranstaltungen teilnehmen, sofern sie von antidemokratischen rechtspopulistischen oder extremistischen Parteien, Organisationen oder Personen organisiert, durchgeführt oder gesponsert werden.
4. Der Landessportbund behält sich vor, Personen, die antidemokratischen, rechtspopulistischen oder extremistischen Parteien oder Organisationen angehören oder die durch Äußerungen in Erscheinung getreten sind, die nicht dem Selbstbild des Sports entsprechen, die Teilnahme an vom Landessportbund ausgerichteten Veranstaltungen zu verwehren. Es handelt sich hierbei um Einzelfallentscheidungen, die immer einer Rücksprache und Abstimmung mit der Geschäftsführung oder des/der Präsident*in des Landessportbundes bedürfen.
5. Der Landessportbund behält sich vor, Einladungen Dritter nicht zu folgen, wenn Kenntnis darüber besteht, dass daran Personen teilnehmen, die antidemokratischen, rechtspopulistischen sowie extremistischen Parteien oder Organisationen angehören bzw. die in der Vergangenheit durch Äußerungen in Erscheinung getreten sind, die nicht dem Selbstbild des Sports entsprechen. Es handelt sich hierbei um Einzelfallentscheidungen, die immer einer Rücksprache und Abstimmung mit der Geschäftsführung oder des/der Präsident*in des Landessportbundes bedürfen, auch um zu prüfen, ob in Absprache mit anderen geladenen Parteien, Organisationen oder einzelnen Personen eine einheitliche Lösung gefunden werden kann.
6. Der Landessportbund fordert über seine vielfältigen Kommunikationskanäle seine Mitgliedsorganisationen auf, antidemokratischen rechtspopulistischen und extremistischen Bestrebungen ebenso entschieden entgegenzutreten – im Sinne des Sports wie im Sinne einer demokratischen Gemeinschaft.

Mainz, 02.12.2021

Das Präsidium des Landessportbundes Rheinland-Pfalz